

## Protokoll

Sitzung Nr. 7  
 Datum **Mittwoch, 14. September 2011**  
 Ort Aula des Schulhauses Sekundarstufe I  
 Zeit 19.30 bis 21.05 Uhr

Vorsitz	Martin Kocher	SP 1
1. Vizepräsident	Hans Peter Baumann	SVP 1
StimmenzählerIn	Klaus Jost	SVP 1
	Nicole Zeiter	SP 1
Mitglieder	Reto König	
	Beat Nydegger	
	Peter Traber	
	Elisabeth Wendelspiess	SP 4
	Elisabeth Aebi-Lehmann	
	Peter Bähler	
	Marianne Baumann (ab 19.40 Uhr)	
	Markus Burren	
	Hans Ulrich Dubler	
	Marianne Pfister	
	Bettina Ritter	SVP 7
	Adrian Gehri	
	Ralph George	
Reto Hämmig		
Patrick Heimann		
Urs Julmy		
Markus Lötscher		
Johanna Thomann	FDP 7	
Thomas Ackermann (ab 19.35 Uhr)		
Susanne Meierhans		
Denise Mellert	CVP 3	

	Roland Stucki Annemarie Zingg	EVP 2
	Anne-Lise Greber-Borel Peter Kofel Christoph Merkli Marceline Stettler Bruno Vanoni	GFL 5
	Toni Oesch	FdU 1
		<hr/> <u>33</u>
Abwesend	Heinz Buser Patric Magnani	FDP 2
	Markus Dietiker Hans-Jörg Rhyn Hannah Einhaus	SP 3
	Notta Arn-Wiedmer Pierre-Yves Crettenand	EVP 2
Vertreter des Gemeinderates	Gemeindepräsident Stefan Funk Vizegemeindepräsident Kurt Jörg Joseph Crettenand Liselotte Huber-Affolter Sabine Huber-Spari Edgar Westphale	
Abwesend	Mirjam Veglio	
Gemeindeschreiber	Roland Gatschet	
Protokoll	Yves Marti, Gemeindeschreiber-Stv.	
Anzahl Zuhörende	2 Medien	

## Geschäfte

60	Pro Protokoll Protokoll vom 24. August 2011 .....	185
61	1.92. Parlamentarische Vorstösse Stärkung der Kommissionsarbeit (Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende) .....	186
62	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Hirzi-Allee"; Erheblicherklärung .....	189
63	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Peter Traber und Mitunterzeichnende betreffend "Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) bei der öffentlichen Beschaffung; Erweiterung der Weisungen des Gemeinderates über das Beschaffungswesen"; Erheblicherklärung.....	192

64	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Das Gebiet Rütti nachhaltig entwickeln"; Erheblicherklärung .....	194
65	1.92. Parlamentarische Vorstösse Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran"; Erheblicherklärung .....	198
66	1.92. Parlamentarische Vorstösse Postulat Johanna Thomann und Mitunterzeichnende betreffend "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld" .....	201
67	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Elisabeth Wendelspiess betreffend "Wie sicher und wohnlich sind die Kindergärten am Lindenweg?" .....	202
68	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Susanne Meierhans betreffend "Zukünftige Organisation der Zivilschutz-Organisation (ZSO) Münchenbuchsee/Zollikofen .....	203
69	1.92. Parlamentarische Vorstösse Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Bildung und Buslinien auch in Zollikofen in Gefahr – wegen der Steuersenkungspolitik des Grossen Rates" .....	204

## GROSSER GEMEINDERAT

Der Präsident

Der Sekretär

Der Protokollführer

## Verhandlungen

Präsident: Herr Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Ratsmitglieder, liebe Pressevertreter. Ich begrüsse euch zur September-Sitzung des GGR. Heute Abend behandeln wir Geschäfte, bei welchen die Anwesenheit von Sachverständigen nicht notwendig ist. Entschuldigt haben sich Notta Arn-Wiedmer, Pierre-Yves Crettenand von der EVP Fraktion, Markus Dietiker, Hans-Jörg Rhyn und Hannah Einhaus von der SP Fraktion, Patric Magnani und Heinz Buser von der FDP Fraktion. Vom Gemeinderat hat sich Mirjam Veglio entschuldigt. Verschiedene Mitglieder haben angekündigt, dass sie etwas später erscheinen werden.

Ich stelle fest, dass aktuell 31 Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

---

### Mitteilungen des Präsidenten

Präsident: Auf euren Pulten findet Ihr die ausformulierten Abmachungen betreffend der Regelung über die Motion mit Richtliniencharakter. Im Geschäft Nr. 61 Stärkung der Kommissionsarbeit wird auf diese Übergangsbestimmungen hingewiesen. Ausserdem findet Ihr die Unterlagen für die Budget-Debatte an der nächsten GGR-Sitzung vom 19. Oktober 2011. Weiter haben die Fraktionsvorsitzenden die Unterlagen zur Tagung Agglomerationspolitik 2011 vom 4. November 2011 erhalten. Der Gemeindeschreiber-Stellvertreter wird wie letztes Jahr die Anmeldungen durchführen. Interessierte melden sich bitte bis spätestens am 17. Oktober 2011 bei ihm. Ich habe einen Brief von Christian Niederhauser erhalten, dem Direktor der Schule für blinde und sehbehinderte Kinder und Jugendliche, welche wir auf der GGR-Reise besucht haben. Er schreibt: "Sehr geehrter Herr Kocher, sehr geehrte Damen und Herren des Grossen Gemeinderates. Ihr Besuch vom 27. August 2011 hat uns sehr gefreut. Im Rahmen des Besuches haben Sie spontan eine Sammlung durchgeführt und uns einen Betrag von Fr. 225.00 übergeben. Wir danken Ihnen dafür ganz herzlich. Gerne werden wir Ihre Spende für unsere Reittherapie einsetzen". Ich möchte diesem Dank anschliessen. Ich freue mich, dass diese Sammlung zustande gekommen ist. Ich selber habe dies gar nicht mitbekommen.

*Um 19.35 erscheint Thomas Ackermann.*

---

### Mitteilungen des Gemeinderates

Präsident: Gibt es weitere Mitteilungen aus dem Gemeinderat? Das ist nicht der Fall. Wir kommen nun zu den traktandierten Geschäften. Die Traktandenliste ist euch zugestellt worden. Wird in Bezug auf die Reihenfolge der Traktanden ein Abänderungswunsch gemacht? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt.**

---

60 Pro Protokoll

### Protokoll vom 24. August 2011

Präsident: Gibt es Bemerkungen oder Ergänzungen zum Protokoll vom 24. August 2011?

Hans Peter Baumann, SVP: Auf Seite 173 bei meinem Votum auf der viertuntersten Zeile findet man folgenden Satz: "Ich gebe zu, dass im Bereich Minergie grössere Anstrengungen unternommen worden sind." Das Wort "Minergie" ist falsch, es muss "Windenergie" heissen. (Der Protokollführer: Die verlangte Korrektur ist richtig und entspricht den Aufzeichnungen).

Präsident: Besten Dank für diese Ergänzung. Weitere Ergänzungen oder Anmerkungen?

Marceline Stettler, GFL: Auf Seite 176 beim Geschäft 54 bei meinem Votum findet man auf der dritt untersten Zeile folgenden Satz: "Mittlerweile ist sogar von einem Gesamtpaket die Rede." Dies habe ich so nicht gesagt. Ich habe gesagt: *"Mittlerweile ist auch die Kommission wieder komplett und die finanziellen Mittel budgetiert."* Der Protokollführer hat mein Votum schlecht verstanden, da in diesem Moment gerade jemand gehustet hat. Ich möchte nicht, dass das "Gesamtpaket" zu Missverständnissen führt. *(Der Protokollführer: Die verlangte Korrektur ist richtig und entspricht den Aufzeichnungen).*

Präsident: Besten Dank. Der Protokollführer wird dies entsprechend überprüfen. Wenn keine weiteren Ergänzungen zum Protokoll gewünscht werden, **erkläre ich das Protokoll vom 24. August 2011 als genehmigt.**

---

61 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Stärkung der Kommissionsarbeit (Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende)**

Präsident: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des GGR vorgegeben. Die GPK hat das Wort.

Urs Julmy, GPK: Die Stellungnahme der GPK zu diesem Geschäft ist wie folgt: Wir prüfen bei diesen Geschäften nicht nur die Korrektheit sondern auch die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit für die Beratungen im GGR. Beim vorliegenden Geschäft sind wir zum Schluss gekommen, dass die Ausgangslage ein wenig kurz und vielleicht nicht so ganz klar ausgeführt wurde. Wir erlauben uns daher die Ausgangslage wie folgt zu ergänzen: Die Motion von Christoph Merkli wurde am 28. April 2010 eingereicht und wurde am 17. November 2010 im GGR behandelt. Sie wurde zumindest in Teilen überwiesen. Der Gemeinderat hat diese Motion am 23. März 2011 im Sinne einer Richtlinienmotion dem Parlament vorgelegt. Er stellte den Antrag auf Abschreibung der Motion. An dieser Sitzung vom 23. März 2011 beschloss der GGR nicht auf dieses Geschäft einzutreten. Er war der Ansicht, dass die Anwendbarkeit der Richtlinienmotion nicht ganz klar war. Wir haben die Richtlinienmotion in Zollikofen zwar auf den 1. Januar 2011 eingeführt, es war aber nicht ganz klar, ob sie auch auf Geschäfte anwendbar sei, welche im 2010 eingereicht beziehungsweise erheblich erklärt wurden. In der Zwischenzeit ist diese Frage geklärt. Den Ratsmitgliedern liegen die ausformulierten Regeln betreffend der Richtlinienmotion vor. Dieser Fall hier erfüllt Punkt 3 dieser Regeln. Somit ist die Richtlinienmotion in Zusammenhang mit der Motion von Christoph Merkli nicht anwendbar. Daher war es richtig, dass man das Geschäft an der GGR Sitzung vom 23. März 2011 nicht behandelt hat. Heute liegt der gleiche Antrag des Gemeinderats vor uns, aber ohne dass im Sinn der Richtlinienmotion argumentiert wird. Dies ist korrekt. Unter Punkt 5 auf Seite 2 von Bericht und Antrag wird eine Wegleitung vom 25. Oktober 2007 erwähnt. Man bekommt hier den Eindruck, es handle sich um ein hochoffizielles Papier. Wenn man aber das Papier selber betrachtet wirkt es weniger offiziell. Es verfügt weder über einen Briefkopf, noch eine Unterschrift noch ein Datum. Der Vollständigkeit halber möchten wir noch auf einen weiteren Punkt auf Seite 2 hinweisen. Dort wird das Postulat Christine Hegert aufgeführt. Der Vollständigkeit halber hätte man auch noch erwähnen können, dass der Gemeinderat damals bereits ablehnender Haltung war und der GGR das Postulat trotzdem überwiesen hat.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

*Um 19.40 Uhr erscheint Marianne Baumann.*

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Ich möchte zu Beginn, nachdem alle das entsprechende Papier vor sich haben, sagen, dass es sich hierbei nicht um eine Richtlinienmotion aber auch nicht um eine Motion handelt. Denn alle Forderungen in Punkt 4 des Vorstosses liegen im Kompetenzbereich des Gemeinderates. Es liegt also nicht in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Das was die GPK bemängelt hat, ist richtig. Am 25. Oktober 2007 hat die Abteilungsleiterkonferenz beschlossen eine Wegleitung zu erarbeiten, wie Bericht und Antrag zu gestalten sind. Diese Wegleitung gilt auch heute noch. Darum bittet euch der Gemeinderat diese Motion, welche eigentlich keine Motion ist, als erledigt abzuschreiben.

Präsident: Das Wort ist offen für die Fraktionen.

Roland Stucki, EVP: Jetzt haben wir eine Erklärung gehört: Der vorliegende Vorstoss ist keine Motion und auch keine Richtlinienmotion. Die Schlussfolgerung daraus ist, dass wir diesen Vorstoss eigentlich auch nicht behandeln müssen.

Christoph Merkli, GFL: Die GFL erachtet die Motion ob es nun eine ist oder nicht, als nicht erfüllt und beantragt deshalb, dass man sie auch nicht als erledigt abschreibt. Ich möchte nun auf drei Punkte eingehen. Zuerst auf die Frage, wer für Bericht und Anträge an den GGR eigentlich zuständig ist. Ist es der Gemeinderat oder sind es die Kommissionen? Genau wie der Gemeinderat sind wir der Meinung, dass diese Kompetenz dem Gemeinderat zufallen soll. Im vorliegenden Bericht und Antrag suggeriert der Gemeinderat leider, dass wir dies mit dieser Motion ändern möchten. Er zitiert auch einen Satz aus dem Jahr 1993, welcher lautet: "Es sind nicht die Kommission welche hier Anträge stellen." Es geht aber gar nicht um das und das steht auch im Motionstext. Es geht darum, dass in Bericht und Anträgen, ich zitiere noch einmal: "Die Stellungnahmen aller betroffenen Kommissionen aufzuführen sind". Das ist etwas völlig anderes. Ich fühle mich als Mitglied des GGR, welches diese Motion überwiesen hat, nicht ganz ernst genommen wenn ich die Antwort des Gemeinderates lese. Zweitens stellt sich dann die Frage, ob der GGR dem Gemeinderat Vorgaben machen darf oder machen soll wie Bericht und Antrag an ihn ausgestaltet sein sollen? Wie wir vorhin gehört haben, ist dies heute in einer Wegleitung aus dem Jahr 2007 geregelt. Der Gemeinderat sagt, dies sei alleine die Angelegenheit des Gemeinderates. Wir sehen dies anders, sonst hätten wir diese Motion nicht eingereicht. Denn nach dem Volk ist der GGR die zweitoberste politische Behörde. Der Gemeinderat hat dem GGR gegenüber eine Dienstleistungsfunktion wenn es darum geht die Sitzungen des Grossen Gemeinderates vorzubereiten. Schon heute regeln die Geschäftsordnung des GGR und das Reglement über die ständigen Kommissionen, wie die Kommissionen der GGR und der Gemeinderat zusammenarbeiten. Hier liesse sich ohne weiteres eine Bestimmung einfügen, welche das Aussehen von Bericht und Antrag regelt. Auf Kantons- und Bundesebene ist das bereits so. Sowohl das Parlamentsgesetz des Bundes in Artikel 141 als auch das Grossratsgesetz des Kantons Bern in Artikel 65 schreiben ziemlich detailliert vor wie die Botschaften des Bundesrates beziehungsweise die Vorträge der Regierung aussehen sollen. Darin wird auch Auskunft verlangt über die Ergebnisse der vorparlamentarischen Verfahren, in unserem Fall die Kommissionsarbeit. Es gibt somit weder formal noch materiell Gründe, dass wir auf kommunaler Ebene auf dies verzichten sollten. Ganz konkret könnte dies so aussehen: Zum Beispiel steht in Artikel 12 Abs. 2 des Reglementes über die ständigen Kommissionen unter der Marginalie "Behandlung der Geschäfte": "Die Anträge und Beschlüsse der Kommissionen an den Gemeinderat sind schriftlich und begründet einzureichen". Hier könnte man beispielsweise folgenden Satz einfügen: "Diese sind in den Berichten und Anträge an den Grossen Gemeinderat aufzuführen". Das wäre ganz einfach. Oder zum Beispiel in Artikel 3 der Geschäftsordnung des GGR steht unter der Marginalie "Vorbereitung" folgendes geschrieben: "Die Mitglieder des Grossen Gemeinderates erhalten in der Regel zusammen mit der Sitzungseinladung die Anträge und Erläuterungen des Gemeinderates". Hier könnte man folgendermassen ergänzen: "Diese enthalten die Beschlüsse aller betroffenen Kommissionen". Oder in Artikel 20 der Geschäftsordnung des GGR steht unter der Marginalie "Protokolle der Kommissionen" folgendes: "Die Protokolle der Kommissionen enthalten in der Regel nur die

Beschlüsse". Hier könnte man nun anfügen: "Diese sind in den Berichten und Anträgen des Gemeinderates an den Grossen Gemeinderat aufzuführen." Es gibt also verschiedene Möglichkeiten dies einzufügen, für welches notabene der GGR zuständig ist. Ein letzter Punkt noch: Zollikofen hat unter den Gemeinden in der Umgebung eine Vorreiterrolle was den Einbezug von Kommissionen anbelangt. Es spricht absolut nichts dagegen, diese Rolle weiter auszubauen. Ich komme zum Fazit. Die Motion will, dass die Stellungnahme aller betroffenen Kommissionen in die Berichte und Anträge des Gemeinderates einfließen und wir erwarten vom Gemeinderat einen Vorschlag, wie dies in der Geschäftsordnung des GGR oder dem Reglement über die ständigen Kommissionen festgelegt werden könnte. Der Gemeinderat hat ja kürzlich das Projekt Behörden- und Verwaltungsorganisation 2013 begonnen. Diese Reform wird vermutlich sowieso zu einer Revision des Reglementes über die ständigen Kommissionen führen. Wir schlagen vor, dass bei dieser Gelegenheit diese Motion umgesetzt wird und der Gemeinderat dem GGR einen Vorschlag macht. Deshalb bitten wir das Parlament, die Motion nicht als erledigt abzuschreiben.

Präsident: Weitere Wortmeldungen aus den Fraktionen?

Urs Julmy, FDP: Wir möchten daran erinnern, dass die ursprünglich eingereichte Motion von Christoph Merkli wesentlich umfassender war, als das was uns heute effektiv vorliegt. Die ursprüngliche Motion umfasste 4 Punkte. Unter anderem wurde verlangt, dass die Kommissionen zwingend sämtliche Geschäfte aus ihrem Themenbereich behandeln müssen, dass Beschlussprotokolle zu veröffentlichen seien und dass auch gewisse Minderheitsanträge protokolliert würden. Die meisten dieser Punkte wurden vom GGR nicht überwiesen, also nicht erheblich erklärt. Einzig der heute aktuelle Punkt wurde in abgeänderter Form überwiesen. Die FDP Fraktion ist der Auffassung, dass der Antrag in der Sache wenig zielführend ist. Zwar wäre manchmal ein wenig mehr Transparenz in den Berichten und Anträgen des Gemeinderates wünschenswert, wir sind aber der Meinung, der hier aufgezeigte Weg ist ein unnötiges Erschwernis für die Verwaltung, welcher uns wenig bringt. Wir teilen die Auffassung des Gemeinderates, dass dieser selber für die Ausgestaltung seiner Anträge verantwortlich ist. Es liegt auch in seinem ureigensten Interesse dass er dies sauber und transparent macht, da wir im GGR nicht zuletzt aufgrund dieser Anträge die entsprechenden Beschlüsse fällen. Kommt hinzu, dass die meisten oder die allermeisten Anträge beziehungsweise die Vorarbeit von den Kommissionen selber stammen, daher ist es überflüssig, hier die Stellungnahme der Kommission im Antrag aufzuführen. Dort wo die Meinung des Gemeinderates von der Meinung der Kommission abweicht, sollte es zumindest gemäss Wegleitung transparent dargelegt werden. Wir lehnen den Antrag ab und beantragen das Geschäft als erledigt abzuschreiben. Wir haben trotzdem die Hoffnung und die Erwartung an den Gemeinderat, dass dieser in Zukunft weiterhin so transparent oder sogar noch transparenter relevante Meinungen, sei dies aus Kommissionen oder von anderen interessierten Kreisen in seinen Berichten und Anträgen aufführt.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich schliesse mich meinem Vorredner mit dem Unterschied an, dass man sehr wahrscheinlich dem Antrag des Gemeinderates zustimmen muss und nicht ablehnen. Die SVP kann mit den heutigen Regelungen gut leben. Antragsteller ist in jedem Fall der Gemeinderat und nicht die Kommissionen. Er ist für diese Vorlagen verantwortlich, darum stimmen wir dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Präsident: Weitere Fraktionsmeinungen? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Das Wort wird nicht verlangt. Somit kommen wir zur Abstimmung.

### **Abstimmung:**

Der Rat beschliesst mehrheitlich

**Die Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschrieben.**

62 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Hirzi-Allee"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Christoph Merkli, GFL: Bei der vorliegenden Motion geht es um Landschaftspflege, ökologische Aufwertung der Landschaft, um Lebensqualität und auch um Symbolik. Wir fänden es schade, wenn diese Idee, die ja unterdessen vom GGR Münchenbuchsee in Form eines Postulates überwiesen worden ist, einfach fallengelassen würde. Die gesetzliche Grundlage für ein Handeln ist dem Gemeinderat im Baureglement in Art. 121 ja ausdrücklich gegeben. Ich wandle die Motion in ein Postulat um, so wie das der GGR von Münchenbuchsee getan hat, und bitte Sie, dieses erheblich zu erklären. Ich meine, dass die Allee ein wirklich schönes Projekt ist, das viele Vorteile mit sich bringt: Eine Allee ist ökologisch eine Aufwertung, dies dürfte unbestritten sein. Das Gebiet befindet sich im Perimeter des Vernetzungsprojektes und ist ein Vernetzungskorridor. Hochstämmige Obstbäume hätten den Vorteil, dass sie eine doppelstöckige Nutzung des Bodens ermöglichen. Unten beispielsweise als ökologische Ausgleichsfläche, oben Obst. Die Fuss- und Veloverbindung zwischen dem Dorf und dem Hirzenfeld würde attraktiver, gerade im Sommer wo die Strasse heute eine echte Durststrecke darstellt. Die Anbindung des Hirzi an das Dorf und die Verbindung nach Münchenbuchsee würden symbolisch verstärkt. Das Schönste daran ist, dass für eine solche Allee Mittel des Fonds Landschaft Schweiz erwartet werden dürften. Gut möglich, dass man weitere Geldgeber findet und die Allee ganz ohne Eigenmittel finanzieren kann. Selbstverständlich kann und soll man die Grundeigentümer nicht zwingen, bei der Aktion mitzumachen. Doch man könnte auch einseitig der Strasse beginnen und die Allee zu einem späteren Zeitpunkt ergänzen. Ich bitte Sie somit, ein positives Zeichen zu setzen und meinen Vorstoss in Form eines Postulats erheblich zu erklären.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Das Meiste steht im Papier, ich will nicht alles wiederholen. Aber nun zu Herrn Merkli. Artikel hin oder her, der Gemeinderat ist nicht bereit Landwirten Land wegzunehmen um dort Bäume zu pflanzen, wenn sie damit nicht einverstanden sind. Wir werden niemanden zwingen. Das ist auch der hauptsächliche Grund weshalb wir diese Motion ablehnen. Ausserdem ist eine Allee nicht einseitig, sondern zweiseitig. Eine Allee kann man nicht einseitig bauen. Der Gemeinderat steht zu seiner Meinung und bittet das Parlament die Motion beziehungsweise das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Klaus Jost, SVP: Die SVP lehnt die Motion wie auch das Postulat ab. Es nicht unsere Aufgabe auf Privatland Bäume zu setzen. Die Eigentümer würden ca. 3'500 m<sup>2</sup> Ackerbauland verlieren, von den Kosten ist gar nicht zu reden. Oder hättet ihr es gerne wenn man in eure Gärten einen Baum setzen würde? Ein Alleebaum, welcher eine Menge Platz wegnehmen würde. Schliesslich befinden wir uns in der freien Schweiz und hier kann der Landeigentümer entscheiden ob er dies will oder nicht.

Johanna Thomann, FDP: Die FDP schliesst sich der Meinung des Gemeinderates an, die Motion wie sie hier vorliegt, abzulehnen und dies hauptsächlich aus zwei Überlegungen: Die eine ist die des Gemeinderates. Der Gemeinderat erachtet es nicht als seine Aufgabe auf privatem Grund mit Ressourcen der Gemeinde Baumpflanzungen zu veranlassen. Die andere ist, dass die Motion so wie sie vorliegt, nicht auf die Verkehrssicherheit eingeht, welche

auf diesem Strassenstück dem Aegelseeweg, doch recht prekär ist. Die Fussgänger, die Velofahrer und die Autos kommen sich auf dieser schmalen Strasse häufig gefährlich nahe. Meine romantische Seele würde gerne durch eine Allee zum Hirzenfeld geführt. Aber auch in einer Allee hört die Romantik auf, wenn die Verkehrssicherheit nicht im Vordergrund steht. Wenn man heute mal für mal in Schweiss ausbricht, wenn man sieht, wie die Benützer aneinander vorbeirasen, schlängeln oder einander im Weg stehen, hat die FDP ein Postulat zur Sicherheit auf dem Aegelseeweg mit dem Titel "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld", vorbereitet.

Toni Oesch, FdU: Ich habe im Sinn etwas Ähnliches zu sagen. Vor ein paar Jahren, ich weiss nicht mehr genau wie lange es her ist, hat man hier im Parlament eine Vorlage zum Bau eines Trottoirs abgelehnt. Ausschlaggebend für die Ablehnung damals war meiner Meinung nach die CVP. Ein Trottoir dient der Sicherheit der Fussgänger und das hat erste Priorität. Denn die Anpflanzung einer Allee bräuchte 4 Meter Platz. Es wäre gut, wenn die Grüne Freie Liste, welche sich sehr stark mit parlamentarischen Vorstössen profiliert, denn wir haben nun praktisch zwei Sitzungen nur mit GFL-Vorstössen, einen entsprechenden Vorstoss zum Bau eines Trottoirs einreichen würde. Allenfalls käme ein solcher Vorstoss, unterstützt vom Freisinn, sogar durch. Was mir ein wenig sauer aufstösst sind die Ausführungen von Herrn Merkli beim zweitletzten Aufführungszeichen in seiner Motion: "kann damit die beschlossene Zusammenarbeit der beiden Gemeinden beim Betrieb der Sportanlage Hirzenfeld symbolträchtig zum Ausdruck gebracht werden". Ich mache darauf aufmerksam, dass seit langem mit Münchenbuchsee eine Abmachung besteht. Unter der Ägide von Gemeindepräsident Bürki haben wir abgemacht, dass die Gemeinde Zollikofen aus einem entsprechend geäußerten Fonds jedes Jahr tausende von Franken spricht. Ausserdem haben wir die Buslinie eingeführt. Herr Gemeindepräsident Bürki war froh, dass mit diesen Massnahmen nicht alle Einwohnerinnen und Einwohner von Zollikofen in die Freibäder von Bern abgewandert sind. Dies war die eigentliche Abmachung.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Elisabeth Wendelspiess, SP: Die SP Fraktion findet es grundsätzlich positiv, dass man sich mit der Naturgestaltung auseinandersetzt und etwas Neues kreieren will. Wir haben gesehen, dass sich die Gemeinde bereits darum bemüht und die entsprechenden Grundeigentümer angefragt hat. Dadurch, dass ein Grundeigentümer dem Projekt negativ gegenübersteht, haben wir das Gefühl, dass wir mit einer Halb-Allee nicht glücklich würden. Es wäre somit kein Gesamtprojekt. Wir haben uns überlegt ob allenfalls auch andere Standorte in Frage kämen. Das Thema der Allee ist ja nicht ganz unbekannt. Ich denke das müsste man sich einmal überlegen. Wir sind aber grundsätzlich dafür, dass sich die Gemeinde auch mit dem Thema der Landschaftsaufwertung befasst und wenn der Vorstoss nun in ein Postulat umgewandelt wird, könnten wir dies durchaus unterstützen. Wir sind aber auch der Ansicht, dass man das Thema des Trottoirs auch wieder aufnehmen könnte. Wir begrüssen hierzu das Vorgehen der FDP und empfehlen dem Gemeinderat in dieser Richtung tätig zu werden.

Thomas Ackermann, CVP: Ich stütze mich auf den Anfang des Textes, in welchem der Gemeinderat beauftragt wird die Realisierbarkeit zu prüfen und die entsprechende Budgetierung vorzunehmen. Ich bin der Ansicht, dass aus der Antwort des Gemeinderats hervorgeht, dass er diese Realisierbarkeit, beziehungsweise die finanziellen Folgen geprüft hat. Das entsprechende Ergebnis liegt vor und deshalb sehe ich nicht ein, weshalb man diesen Vorstoss überweisen soll, da die Antwort doch bereits vorliegt. Ein Grundeigentümer macht nicht mit und somit ist das Projekt nicht realisierbar.

Peter Bähler, SVP: Wir haben auf der Rütli bereits eine Allee welche absolut ihren Zweck erfüllt und auch in die Landschaft passt. Ich habe ein wenig über die Geschichte von Alleen recherchiert. Warum hat man überhaupt Alleen gepflanzt? Ursprünglich dienten sie der Befestigung von Verkehrswegen. Die Grossen Baumkronen haben Schatten und Schutz vor Regen und Schnee geliefert. Das Wurzelwerk, das war das entscheidende, hat Erosion verhin-

dert, da damals die Strassen grösstenteils unbefestigt waren. Später hat man Alleen aus strategischen Gründen gepflanzt. Sie haben nämlich die Marschleistung der Truppen gesteigert, weil diese im Schatten marschieren konnten. Die Alleen haben ausserdem die Ausdauer der Pferde gesteigert und galten als Orientierungshilfen. Später wurden Alleen als Prachtstrassen, vor allem von monarchistischen und absoluten Herrschern erbaut. Musste man einen Baum fällen, konnte man das entsprechende Brennholz nutzen. Im Barock hat die Allee als wichtiges Element der Gartenbaugestaltung beziehungsweise Gartenbaukunst Eingang gefunden. Es haben sich bereits einige Vorredner geäussert, dass sie sich gerne durch Alleen bewegen. Vor allem Schlossgärten, welche im französischen Stil erbaut wurden und auch Stadtparks, wiesen solche Alleen auf. Das ist eigentlich geschichtlich gesehen die Bedeutung von Alleen. Ich glaube es ist nun auch aufgrund der vorgehergehenden Voten, klar geworden, dass wir in Zollikofen keine kommunale Allee brauchen. Deshalb lehnen wir dieses Ansinnen ab. Nein zu monarchistischen und protzigen Mahnmalen hier in Zollikofen. Wir verfügen nämlich über eine Art Allee welche kürzlich erneuert wurde, nämlich der rote Belag auf der Schulhausstrasse. In diesem Sinn sagen wir auch Nein zum Postulat.

Bruno Vanoni, GFL: Ich habe heute dem Ratspräsident meine zwei guten Vorsätze für heute Abend bekannt gegeben. Einerseits will ich mich heute Abend nicht allzu sehr aufregen, diesen Vorsatz halte ich immer noch ein. Zum Teil ist es lächerlich was bis anhin gesagt wurde. Andererseits habe ich mir auch vorgenommen nicht allzu viel zu reden. Ich versuche mich auch daran zu halten. Wir wurden ein wenig gerügt, weil man zwei Sitzungen aufgrund unserer Vorstösse bestreiten muss. Ich muss dazu sagen dass ein Vorstoss, welcher heute behandelt wird, fast zwei Jahre in Bearbeitung auf der Gemeindeverwaltung lag. Wir sind nicht schuld an dieser Massierung und dass andere Geschäfte immer noch auf der langen Bank liegen. Ich möchte daran erinnern, dass vor sechs oder sieben Jahren der Grosse Gemeinderat ein Postulat für eine Allee überwiesen hat. Es war damals ausschliesslich die Rede von einer Baumreihe, dies ist ebenso ein wertvolles Landschaftselement. Dieser Vorstoss betraf die Schulhausstrasse und kam von der FDP. Andreas Byland, welcher diesen Vorstoss vertrat, hat mit Inbrunst für diese Baumreihe geworben und hat auch gesagt, dass man damit Zollikofen weiter zu einer Perle in der Region machen kann. Der Grosse Gemeinderat ist ihm gefolgt und hat das Postulat erheblich erklärt. Dazumal war offenbar klar, dass es durchaus zur Aufgabe einer Gemeinde gehören kann, Baumpflanzungen auf privatem Grund zu fördern und zu unterstützen. Es ist auch noch heute die Aufgabe der Gemeinde. Christoph Merkli hat es gesagt, es steht schwarz auf weiss im Baureglement: "Die Gemeinde kann die Neuanpflanzung von einheimischen Laubbäumen unterstützen und finanzieren". Ich gehe davon aus, dass das Baureglement immer noch gilt. Vor ein paar Jahren hat man ein Reglement über schützenswerte Bauten und Naturobjekte revidiert. Der Gemeinderat hat dazumal dem Grossen Gemeinderat bei dieser Revision vorgeschlagen, folgende für unsere Landschaft wichtigen Elemente sollen Gemeindebeiträge erhalten: Unter anderem Hochstammfeldobstbäume. Dieses Reglement ist heute noch in Kraft. Es erlaubt den Landwirten, welche Teil des ökologischen Vernetzungsprojektes sind, Beiträge von Fr. 10.00 bis 15.00 pro Baum zusätzlich zu den Direktzahlungen welche allenfalls vom Bund oder Kanton ausbezahlt werden, zu erhalten. Ich gehe davon aus, wenn bestehende Bäume von der Gemeinde subventioniert werden können, macht es auch Sinn, allenfalls neue Bäume mitzufinanzieren wenn dies nötig sein sollte. Denn wie wir gehört haben gibt es gute Aussichten, dass eine solche Allee oder eine Baumreihe auch weitgehend ohne Gelder der Gemeinde finanziert werden könnte. Dies hat seinerzeit auch Andreas Byland bei der Allee an der Schulhausstrasse ausgeführt. Es sei durchaus möglich die Allee mittels Patenschaften aus dem Dorf zu finanzieren. Es existiert übrigens auch ein 10-jähriges Umweltkonzept. Unter dem Stichwort "Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden" kann man nachlesen: "Die Gemeinde Zollikofen verfügt an ihren Grenzen über grosse und zusammenhängende Landschaftskammern. Diese gilt es in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Gemeinden zu pflegen und aufzuwerten". Genau das will unser Postulat. Und das ist auch der Grund, Thomas Ackermann, dass ein Postulat immer noch Sinn macht, auch wenn eine erste Prüfung stattgefunden hat. Münchenbuchsee prüft aufgrund des dort überwiesenen Postulates die Realisierung einer Allee. Es wäre schade, wenn wir sagen, dass wir auf unserer Seite

nichts realisieren würden. Um mit Münchenbuchsee bezüglich dieses Projektes im Gespräch zu bleiben, sollte man dieses Postulat überweisen. Dieses Gebiet gehört zum ökologischen Vernetzungsprojekt, welches von der Hochschule für Landwirtschaft begleitet wird. In ihrer Erfolgskontrolle hat die Hochschule kürzlich festgestellt, dass bei der Pflege und Aufwertung der Landschaft in Zollikofen durchaus noch Verbesserungen realisiert werden könnten. Ausdrücklich erwähnt werden auch Hochstammobstbäume. Ein letzter Punkt, welcher zeigt dass es sich um eine wichtige Aufgabe der Gemeinde handelt: Es existiert ein regionaler Richtplan "Naherholung und Landschaft" aus dem Jahr 2004. Richtpläne sind behördenverbindlich. In diesem Richtplan wird das Gebiet "Aegelsee und Hirzenfeld" ausdrücklich erwähnt. Dieses Gebiet ist bedeutsam für die ökologische Vernetzung. Ich könnte ein paar Beispiele von Gemeinden erwähnen welche natürlich freiwillig, versuchen diese Aufgabe wahrzunehmen und Allees und Baumreihen fördern um damit die Landschaft aufzuwerten. Ich verstehe die Töne, welche Klaus Jost heute angeschlagen hat, nicht ganz. Es geht nicht darum, dass man den Landwirten Land wegnimmt. Man hat lediglich gefragt, welche Landwirte bereit wären bei diesem Projekt mitzuhelfen. Auf der Seite von Münchenbuchsee ist etwa die Hälfte der Landeigentümer bereit bei diesem Unterfangen mitzuhelfen. Auf der Seite von Zollikofen existieren zwei Grundeigentümer, je auf einer Strassenseite. Im Bericht kann man nachlesen, dass ein Grundeigentümer grundsätzlich bereit ist, bei diesem Projekt mitzuhelfen. Aus all diesen Gründen bleibt eigentlich keine andere Wahl, als dieses Postulat erheblich zu erklären, damit man dieses Projekt weiter prüfen kann. Wenn man zum Schluss kommt, das Projekt sei nicht realisierbar, kann man dies dem Parlament immer noch mitteilen. Nun noch ein letzter Punkt zur Verkehrssicherheit. Warum wir hier noch keinen Vorstoss eingereicht haben, kann ich einfach erklären. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir mit unseren Verkehrssicherheitsanliegen ohnehin immer auflaufen. Darum haben wir es gar nicht versucht. Wenn aber seitens der FDP ein entsprechender Vorstoss eingereicht wird, machen wir sofort mit.

Adrian Gehri, FDP: Deine Voten in Ehren Bruno Vanoni. Ich möchte noch kurz präzisieren, was die 55 % der Landeigentümer von Münchenbuchsee, welche bereit wären an diesem Projekt mitzuarbeiten, gesagt haben: "Steht und fällt mit der Entschädigung".

Präsident: Wenn keine weiteren Wortmeldungen gewünscht werden, hat der Gemeinderat das Schlusswort.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zuerst zum Votum von Frau Wendelspiess, dass der Gemeinderat zu den Grünflächen Sorge tragen sollte. Hier kann ich dich beruhigen. Du wirst in den Genuss kommen im Frühjahr 2012 einen wunderschönen Landschaftsweg begehen zu können. Die Arbeiten hierzu laufen bereits. Dieses Projekt haben wir ohne eine Motion oder ein Postulat in Angriff genommen. Betreffend Reglement Herr Vanoni: Das Reglement sagt, dass der Gemeinderat unterstützen kann. Das Reglement sagt nicht, dass der Gemeinderat Landwirte zwingen muss entsprechende Landflächen freizugeben. Darum bittet euch der Gemeinderat dieses Postulat abzulehnen.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über dieses Postulat.

### **Abstimmung:**

**Das Postulat Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Hirzi-Allee" wird mehrheitlich nicht erheblich erklärt.**

**bei der öffentlichen Beschaffung; Erweiterung der Weisungen des Gemeinderates über das Beschaffungswesen"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Peter Traber, SP: Mit der vorliegenden Motion geht es der SP darum sicherzustellen, dass die Gemeinde künftig nur noch Lieferanten und Unterlieferanten berücksichtigt, welche ihr Personal nach menschenwürdigen Bedingungen anstellen. Wir haben mit dieser Motion vor allem zwei Zielsetzungen im Fokus. Es dürfen nur Unternehmungen zum Zug kommen, welche ihr Personal fair behandeln. Dies ist die erste Zielsetzung. Die zweite Zielsetzung ist, dass verhindert werden muss, dass seriös arbeitende Unternehmungen durch Unternehmer welche durch die Anstellungspraxis tiefere Kosten anbieten können, verdrängt werden. Wir wollen sicherstellen, dass seriös arbeitende Unternehmer bei der Auftragsverteilung zum Zug kommen. Die SP hat von der Antwort des Gemeinderates mit Befriedigung Kenntnis genommen. Wir freuen uns, dass das Anliegen der Motion berücksichtigt wird, indem die geplante Beschaffungsverordnung entsprechend ergänzt wird. Wir haben auch mit Befriedigung festgestellt und das freut uns, dass alljährlich im Rahmen des Verwaltungsberichtes eine Berichterstattung hierzu erfolgt. Wir danken dem Gemeinderat hierfür. Wir haben einen Wunsch. Wir möchten dass die Punkte, welche in der Motion unter Ziffer 3 aufgeführt sind, es handelt sich um Kernaussagen, explizit in der neuen Verordnung erwähnt werden. Wenn dies so berücksichtigt wird, sind wir mit der Abschreibung dieser Motion einverstanden. Für uns ist die konsequente Umsetzung dieser Motion ein ganz wichtiger Punkt. Der Einbau in diese Verordnung macht nur Sinn, wenn diese Verordnung dann auch entsprechend gelebt wird. Wir werden diesen Aspekt genau verfolgen und gegebenenfalls darauf zurückkommen.

Präsident: Der Gemeinderat hat das Wort.

Joseph Crettenand, Gemeinderat: Der Gemeinderat verlangt die Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation für Aufträge der Gemeinde. Er will damit ein Zeichen für eine faire und nachhaltige Beschaffung durch die Gemeinde setzen. Die Forderung des Motionärs ist am besten mit einer entsprechenden Ergänzung der obligatorischen Selbstdeklaration für anbietende Unternehmungen umsetzbar. Eine Verordnung über das Beschaffungswesen wird an Stelle der bisherigen Weisungen erlassen. Diese Verordnung, die in der Kompetenz des Gemeinderates liegt, wird mit einem generellen Artikel betreffend der Einhaltung der Kernarbeits-Normen ergänzt. Eine Auflistung der Kernnormen widerspricht dem Grundsatz, dass Bestimmungen aus übergeordneten Erlassen nicht wiederholt werden sollten. Dadurch kann auch vermieden werden, dass bei einer allfälligen Revision der Kernarbeitsnormen die Verordnung angepasst werden muss. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Peter Bähler, SVP: Die SVP ist bisher davon ausgegangen, dass die Vorgaben beziehungsweise Kernarbeitsnormen zum öffentlichen Beschaffungswesen im Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen und der entsprechenden Verordnung eingeflossen sind. Dies wird in der Antwort des Gemeinderates auch so bestätigt. Für die SVP ist es unbestritten dass wer an öffentlichen Beschaffungen mitmacht, diese Arbeitsnormen einhält und sich zudem auch an die Vorgaben der Gemeinde Zollikofen hält. Wir haben sogar ein Interesse, dass unser Gewerbe über die gleich langen Spiesse verfügt wie die ausländischen Anbieter. Doch, und das hat der Motionär auch gesagt, wird es schwieriger dann die entsprechende Kontrolle in einem Ausschreibungsverfahren vorzunehmen. Ich selber kenne das Problem der Pflastersteine, über welche vor gut einem Jahr in den Zeitungen berichtet wurde. Und dann sollte man beispielsweise die Einhaltung von Kernarbeitsnormen auf Computer aus Indien oder China kontrollieren. Da stösst die Gemeinde rasch an ihre Grenzen. Aber die SVP erachtet die vorgeschlagene Lösung als zweckmässig und praktikabel. Wir stimmen der Motion mit gleichzeitiger Abschreibung zu.

Roland Stucki, EVP: Ich habe eine Frage. Mir ist der Grundsatz "Anerkennung des Grundsatzes der Vereinigungsfreiheit" in diesem Zusammenhang nicht ganz klar. Kann dies jemand erläutern?

Präsident: Reto König möchtest du dies erläutern?

Reto König, SP: Es geht darum, dass Arbeitnehmer nicht daran gehindert werden dürfen sich beispielsweise gewerkschaftlich zu organisieren.

Präsident: Gut, somit haben wir diese Frage geklärt. Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir zur Abstimmung. Wir teilen diese Abstimmung auf, da kein Konsens besteht zwischen erheblicher Erklärung und Abschreibung.

### **Abstimmung:**

Der Rat beschliesst mehrheitlich

#### **1. Die Motion Peter Traber und Mitunterzeichnende wird erheblich erklärt.**

Der Rat beschliesst mehrheitlich

#### **2. Die Motion Peter Traber und Mitunterzeichnende wird abgeschrieben.**

---

64 1.92. Parlamentarische Vorstösse

#### **Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Das Gebiet Rütli nachhaltig entwickeln"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Christoph Merkli, GFL: Ich kann es kurz machen: Der Gemeinderat ist der Meinung, man sollte das Landschaftsentwicklungskonzept Rütli im Rahmen einer Gesamtbetrachtung erarbeiten. Da kann ich nur sagen: Umso besser! Man darf aber nicht vergessen, dass das Landschaftsentwicklungskonzept eine langjährige Pendenz ist, die jetzt offenbar nicht wie vom Gemeinderat im Politikplan vorgesehen im Jahre 2012 an die Hand genommen wird, sondern später. Die positive Planung der Rütli ist aber eine Notwendigkeit wie die verschiedenen Bauabsichten am Rande der Rütli zeigen, und ich möchte ganz sicher sein, dass dieses Landschaftsentwicklungskonzept im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision auch wirklich erarbeitet wird. Der GGR soll hier ein Zeichen setzen. Es wäre darum falsch, den Vorstoss als nicht erheblich zu erklären. Ich möchte ihn vielmehr mit dem Vorschlag des Gemeinderates ergänzen: "Der Gemeinderat wird beauftragt, für den Perimeter des Landschaftsschutzgebietes "Rütli" und die angrenzenden Gebiete", und jetzt folgt der neue Teil: "im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision", jetzt folgt wieder der ursprüngliche Text: "ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) zu erarbeiten, um Schutz und Nutzung langfristig festzulegen." Notabene, dies möchte ich auch noch sagen, geht es um Schutz und Nutzung. Das heisst nicht automatisch dass auf der Rütli nichts anders genutzt werden sollte als heute. Dies soll eben im Landschaftsentwicklungskonzept festgelegt werden. Dafür ist es ja da.

Präsident: Möchte der Gemeinderat Ergänzungen anbringen?

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zum Teil erstaunt mich die Motion von Herrn Merkli, wenn ich zurückdenke, dass unsere Politik in Zollikofen in den letzten 11 Jahren zweimal für den Erhalt unserer Rütli kämpfen musste. Wir haben immer argumentiert, dass wir hier mit der Rütli über einen einzigartigen Landwirtschafts-Cluster verfügen, welcher in der ganzen Schweiz einzigartig ist. Ich spreche hier von der Hochschule, von der Landwirtschaftsschule, vom Aviforum und von der Swissherdbook und so weiter. Es überrascht mich, dass man in der Motion Schranken für die zukünftige Entwicklung auf diesem Areal in Bezug auf die Forschung, die Tierhaltung und so weiter setzen will. Man könnte nicht mehr weiter ausbauen und somit würde auch die weitere Bewirtschaftung in Frage gestellt. Das ist der Grund, weshalb der Gemeinderat dem Parlament empfiehlt die Motion nicht erheblich zu erklären.

Präsident: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Hans Peter Baumann, SVP: Die SVP hat sich immer wieder für die Erhaltung des Rütli-Gebietes ausgesprochen. Das letzte Mal war dies bei der Stellungnahme zum Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungsrichtplan. Wir sind immer ohne Wenn und Aber hinter dem Gebiet Rütli gestanden. Nun gibt es ein grosses Aber. Über die Ziele die der Motionär erreichen will, sind wir absolut nicht einig. Auch wenn diese Änderung eingegeben wird, heisst das nicht, dass die Motion das gleiche verlangt was der Gemeinderat allenfalls verspricht zu machen. Eine Motion ist immer auch ein Auftrag. Ich komme noch auf das zurück. In der Begründung kann man die Absicht erkennen welche die Entwicklung nicht verhindert, sondern zumindest behindert. Warum dürfen wir dies nicht machen. Ich zeige dies am Beispiel vom Aviforum auf. Dort wird in der Begründung moniert, dass in der Zone für öffentliche Nutzung ein neuer Stall gebaut worden ist. Das Aviforum hat einen internationalen Ruf in Bezug auf nachhaltige Geflügelproduktion. Frau Künast, die erste grüne Ministerin für Ernährung und Verbraucherschutz Deutschlands, ist mit einer Delegation von 20 Leuten mit den Betreibern des Aviforum seinerzeit zusammengekommen. Sie hat sich von der Schweizer Produktion speziell über BPS und Raus-Methode in Bezug auf die Haltung überzeugen lassen. Sie hat anschliessend schleunigst ihren Landwirtschaftssekretär nach Zollikofen geschickt. Dieser hat sich in den Stallungen des Aviforum über die Geflügelproduktion in der Schweiz informiert. Man kann ohne zu übertreiben sagen, das Aviforum hat enorm viel dazu beigetragen, dass in der EU ein langsamer Umdenkungsprozess in Bezug auf nachhaltige Geflügelproduktion eingesetzt hat. In der Zwischenzeit hat sogar der Chefgenetiker der weltgrössten Legehennen-Firma dem Aviforum zweimal einen Besuch abgestattet. Wer die Zuchthennenproduktion kennt weiss, dass es weltweit lediglich drei bis 4 Genetikfirmen gibt. In Amerika existieren Betriebe welche grösser sind als alle Betriebe der Schweiz zusammengenommen. Diese Genetiker machen sich nun langsam Gedanken wie man eine nachhaltige Produktion ebenfalls sehr erfolgreich aufrechterhalten kann. Warum hat das jetzt einen Einfluss? Wenn das Aviforum in den Ställen, welche vor 40 Jahren erbaut wurden, eine solche Vorbildfunktion hätte wahrnehmen wollen, wäre dies gar nicht möglich gewesen. Weil damals noch ganz andere Bedingungen vorgeherrscht haben. Auf der Rütli könnte man genau das gleiche sagen. Der annähernd 40- bis 50-jährige Rindviehstall wurde seinerzeit gebaut, dass sich möglichst viele Schüler darin beschäftigen konnten. Der Stall ist ins Alter gekommen und musste umgebaut werden. Das Hauptziel ist mehr Raum zu gewinnen. Ohne mehr Raum kann man keine erfolgreiche Rindviehproduktion aufrechterhalten. Wir müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass die Rütli kein Ballenberg ist. Es sind betriebliche Anpassungen notwendig. Es sind auch Anpassungen notwendig, damit dieses Gebiet weiter so betrieben werden kann. Wer hier der Annahme unterliegt, mit der Zustimmung zu dieser Motion würde nichts an dem ändern was schlussendlich der Gemeinderat beabsichtigt, der liegt falsch. Er akzeptiert die Bedingungen, welche in der Motion formuliert sind. Das heisst, dass der Gemeinderat auf diese Bedingungen Rücksicht nehmen muss und auf der anderen Seite klare Begrenzungen in Bezug auf die Entwicklungen festsetzt. Ansonsten könnte man die Motion auch zurückziehen. Ich sehe keinen Vorteil eine Motion aufrecht zu erhalten, wenn der Gemeinderat nicht angehalten wäre auf die Anliegen des Motionärs einzugehen und diese in seiner Vorlage entsprechend zu begründen. Wir wollen diese Krux nicht. Wer heute Abend dieser Motion zustimmt, der ist einverstanden mit diesen Restriktionen und nimmt auch in Kauf, dass eine

normale Entwicklung auf dem Rütli-Areal unterbunden wird. Er nimmt auch in Kauf, dass die Aktivitäten dieser zwei Institutionen gehemmt werden. Er nimmt auch in Kauf, dass wenn diese Institutionen nicht mehr weiter kommen, beziehungsweise nicht mehr über diese grosse Ausstrahlung verfügen, der Baudruck auf das Rütli-Gebiet stark zunehmen wird. Mit einem Ja zur Weiterentwicklung gibt man auch ein Ja zur offenen Landschaft des Rütli-Gebietes. Ich bin mir bewusst, wenn das Landschaftsentwicklungskonzept Realität werden sollte, man über Bedingungen sprechen muss. Das ist ganz klar. Aber dann erfolgt dies unter Berücksichtigung aller Faktoren und nicht aufgrund eines einseitigen Schutzgedankens. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zustimmen.

Präsident: Weitere Ratsmeinungen?

Adrian Gehri, FDP: Der Antrag ist in der Sache zwar wünschenswert, jedoch das Vorgehen aus unserer Sicht nicht sachdienlich. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort die Gründe dargelegt. Ich kann mich absolut meinem Vorredner anschliessen. Die Weiterentwicklung der bestehenden Gewerbebetriebe darf nicht eingeschränkt werden durch allfällig geschaffene Präjudizien. Ich selber arbeite in einer Institution welche seit 166 Jahren besteht und ich weiss, dass eine Ortsplanungsrevision, zum Beispiel auch in Münchenbuchsee, immer mit vielen Emotionen verbunden ist. Vor allem betrifft dies die Ortsansässigen, welchen Boden und Eigentum sehr am Herzen liegt. Aus diesem Grund bin ich klar der Ansicht, dass wir kein Präjudiz schaffen dürfen, sondern ein ordentliches Verfahren mit einem Mitwirkungsverfahren aller Parteien und ortsansässigen Leuten durchführen sollten, ohne dass wir nun Beschlüsse fassen, welche zu einem Flickenteppich führen könnten, welche einer Weiterentwicklung im Weg stehen könnten. Es ist klar, dass am Ende einer Legislatur keine solch grossen Geschäfte aufgegleist werden. Gleichwohl hegen wir die Hoffnung in den Gemeinderat, dass auch er einsieht, dass nach 18 Jahren eine Ortsplanungsrevision eingeleitet werden sollte. Wir richten deshalb einen Appell an den Gemeinderat entsprechende Konzepte zu erarbeiten, oder erarbeiten zu lassen, da durch die Überweisung der Motion gewisse methodische Vorgaben bereits in die Wege geleitet werden, welche eigentlich nicht sachdienlich wären. Deshalb folgt die FDP Fraktion der Meinung des Gemeinderates und lehnt die Motion ab.

Elisabeth Wendelspiess, SP: Wir von der SP Fraktion teilen die konkreten Ängste welche der Herr Vizepräsident vorhin aufgeführt hat nicht. Eine Ortsplanungsrevision wird sowieso einmal kommen und ist auch sinnvoll. Ausserdem ist dies vom Gesetz her vorgegeben. Das dient auch genau dazu, dass man untersuchen kann, wie steht es um unsere Landschaftsentwicklung und wie steht es um die Nutzung unserer Gemeinde. Raumplanerisch und baurechtlich wird dies dann überprüft. In diesem Rahmen erachten wir es als sinnvoll, dass man ein solches Landschaftsentwicklungskonzept integriert. Das heisst noch nicht, dass die Rütli in ihren Grundfesten erschüttert wird. Ich denke soweit darf man nicht gehen und das ist sicher auch nicht Sinn und Zweck vom Motionär. Ansonsten würde es mich sehr erstaunen. Ich denke wenn wir der Motion zustimmen, erzeugt dies mehrheitlich einen Impuls, dass man solche Anliegen auch in die Ortsplanungsrevision aufnimmt und dass der Gemeinderat diesbezüglich über die notwendige Unterstützung aus dem Parlament verfügt, dass man in diese Richtung gehen will. Aber es kann nicht sein, dass man auf der Rütli nichts mehr im heutigen Rahmen realisieren kann. Darum unterstützten wir von der SP Fraktion diese Motion.

Roland Stucki, EVP: Ich möchte mich meinen Vorrednern der FDP und SVP anschliessen, aber dennoch dem Motionär die Chance geben, dass er noch auf ein Postulat umschwenkt. Einem Postulat könnten wir zustimmen.

Präsident: Weitere Wortmeldungen?

Toni Oesch, FdU: Ich möchte mich eigentlich nicht direkt zur Motion äussern, sondern zu den Aussagen von Hans Peter Baumann. Er hat wohl in Bezug auf die Pouletmast ein wenig übertrieben. Wer gestern Abend Kassensturz gesehen hat, hat etwas anderes gehört. Die Schweiz ist diesbezüglich tatsächlich Vorbild. In Deutschland herrschen aber miserable Ver-

hältnisse in der Tiermast. Coop hat gesagt, dass sie diese Missstände nicht gekannt haben und werden ihre diesbezüglich Produkte aus ihrem Sortiment nehmen. Wenn das nun nur ein Punkt ist, welcher nicht stimmt, bin ich noch einverstanden. Wenn es aber noch weitere Punkte gibt welche nicht stimmen, dann würde ich zu den Ausführungen von Herrn Baumann ein Fragezeichen machen.

Hans Peter Baumann, SVP: Ich habe nicht gesagt, dass Deutschland bereits ein Vorbildland sei. Das Problem ist, dass solche Veränderungen relativ lange dauern. Ich habe gesagt, Deutschland sei auf dem Weg zu einer nachhaltigen Geflügelproduktion. Es handelt sich hier vor allem um die Eierproduktion. Wer die alten LGB's aus Ostdeutschland kennt, weiss wieviele Hühner sich in einer Batterie aufgehhalten haben. Diese Zeiten sind vorbei. Dieser Weg ist natürlich sehr lang und hier spielt das Aviforum nach wie vor eine sehr wichtige Rolle und wird von den entsprechenden Experten der verschiedenen Länder auch besucht. Es handelt sich beim vorliegenden parlamentarischen Vorstoss um eine Motion, meine Damen und Herren. Eine Motion muss das was der Motionär eingeben will berücksichtigen. Auf Seite 2 der Begründung ist aufgeführt was alles berücksichtigt werden soll. Es ist klar, dass dies nicht eins zu eins möglich ist, aber es handelt sich um eine Absicht. Wenn das Parlament heute diese Motion überweist, dann muss der Gemeinderat auf die aufgeführten Anliegen Rücksicht nehmen.

Christoph Merkli, GFL: Ich möchte kurz eine Replik auf das eben Gesagte geben. Seitens der FDP ist das Stichwort Flickenteppich gefallen. Heute haben wir die Situation eines Flickenteppichs. Es existieren verschiedene Nutzungen, welche gegen das Gebiet Rütli drängen. Ein Landschaftsentwicklungskonzept ist eine Gesamtplanung über den Raum Rütli welche aussagt, wie man dieses Gebiet nutzen und schützen kann. Einen Teil kann man schützen, einen Teil kann man nutzen. Es wird die Entwicklung festgelegt, welche die Rütli in den nächsten Jahren erfahren soll. Es geht lediglich um das. Dies steht sowohl in der Motion als auch in der Begründung der Motion, es steht aber auch im Antrag: Schutz und Nutzung. Nutzung ist auch gemeint. Selbstverständlich muss in diesem Konzept auch dargelegt werden wie man die bestehenden Betriebe weiterentwickeln will und welche Flächen sie in Anspruch nehmen sollen. Es kommen immer wieder Anfragen von Interessierten, das wird ihnen Stefan Funk bestätigen, welche gerne auf der Rütli etwas zusätzlich nutzen möchten. Heute kann man sich nicht auf ein Gesamtkonzept abstützen, man sagt einfach, zurzeit wollen wir diesbezüglich nichts machen. Man verfügt heute über kein positives Bild, wie sich die Rütli in Zukunft präsentieren soll. Das Gebiet Rütli liegt übrigens in einem Landschaftsschutzgebiet. Allerdings wird dieses Landschaftsschutzgebiet nicht mit einem Baureglements-Artikel verbunden welcher ausführen würde, was dieses Schutzgebiet genau bedeutet. Hierfür benötigen wir ein Landschaftsentwicklungskonzept. Ich denke mit einem Postulat kommen wir hier nicht weiter. Es braucht ein klares Zeichen des GGR, welches aussagt: "Wir möchten im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision ein solches Landschaftsentwicklungskonzept des Gebietes Rütli erstellen." Es handelt sich hierbei um das letzte wirklich grosse Entwicklungsgebiet über welches Zollikofen verfügt.

Stefan Funk, Gemeindepräsident: Zuerst zu einem wichtigen Punkt, welcher mehrmals erwähnt worden ist. Wir arbeiten am Landschaftsentwicklungskonzept und es steht eine Ortsplanungsrevision an. Dazu brauchen wir keine Motion. Eine Motion ist kein Impuls, eine Motion ist ein Auftrag. Auch wenn die Motion von Herrn Merkli abgeschwächt wurde. Aber die Hauptpunkte bleiben in der Motion bestehen. Aus diesem Grund bitte ich das Parlament die Motion nicht erheblich zu erklären.

Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Erheblicherklärung dieser Motion. Der Motionär hat den Text folgendermassen abgeändert: "Der Gemeinderat wird beauftragt, für den Perimeter des Landschaftsschutzgebietes "Rütli" und die angrenzenden Gebiete im Rahmen der nächsten Ortsplanungsrevision, ein Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) zu erarbeiten, um Schutz und Nutzung langfristig festzulegen."

**Abstimmung:**

**Die Motion Christoph Merkli und Mitunterzeichnende betreffend "Das Gebiet Rütli nachhaltig entwickeln" wird mehrheitlich nicht erheblich erklärt.**

---

65 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran"; Erheblicherklärung**

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Peter Kofel, GFL: Die Skepsis gegenüber der Kernenergie ist wieder, muss man sagen, gewachsen. Wieder, weil sie vor 25 Jahren einmal ähnlich hoch war nach dem AKW-Unglück in Tschernobyl. Zwischendurch war man gegenüber der Kernenergie wieder positiver eingestellt. Wenn ich sage "man" meine ich den Durchschnitt der Bevölkerung. Meine Skepsis gegenüber der Kernkraft ist nicht neu. Seit ich mich in den 70er Jahren erstmals mit dieser Thematik befasst habe bin ich zum Schluss gekommen, dass die Kernkraft in einem solch dicht besiedelten Gebiet wie der Schweiz eigentlich keine Option ist. Es ist nur ein zynisches Spiel mit Wahrscheinlichkeiten, welches uns zu suggerieren versucht, dass die Kernkraft sicher sein soll. Ein AKW in unmittelbarer Nähe von Siedlungen ist eine massive Bedrohung und ich glaube niemand von uns möchte, dass im AKW Mühleberg oder in einem der anderen AKW's ein Unfall geschieht. Denn dann müssten wir unter sehr misslichen Bedingungen leben oder ausziehen. Natürlich wird jetzt jeder sagen in Mühleberg wird doch nichts passieren. Aber das haben die Leute in Fukushima sicher auch geglaubt. Ein AKW Unfall ist auch keine Naturkatastrophe. Er kann zwar durch eine Naturkatastrophe ausgelöst werden aber ein AKW wurde durch Menschen errichtet und wird auch durch Menschen betrieben. Kurz, ich bin überzeugt, dass wir Wege suchen müssen, um von den AKW's wegzukommen. Und auch wenn wir heute noch nicht ganz genau wissen wie wir das machen, sollten wir trotzdem einen Schritt in diese Richtung machen. Parallel dazu sind natürlich Sparanstrengungen nötig. Dies gilt für sämtliche Energieformen nicht nur für den Strom. Ich bin erfreut über den Vorschlag des Gemeinderates und begrüsse diesen. Die Frage ist wie schnell dieses Vorhaben umgesetzt und ins Budget aufgenommen wird? Mit der Aufnahme dieses Anliegens können wir ein Zeichen setzen, dass wir vom Strom aus Atomkraft wegkommen wollen und dafür auch etwas Konkretes unternehmen.

Präsident: Wünscht der Gemeinderat Ergänzungen anzubringen? Das ist nicht der Fall. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Nicole Zeiter, SP: Ökostrom statt Atomstrom, das ist uns als SP Fraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Wir stimmen aus diesem Grund dem Antrag des Gemeinderates zu.

Peter Bähler, SVP: Die Gemeinde Zollikofen verfügt im Bereich des Ökostroms über einen guten Leistungsausweis. Sie bezieht heute die Hälfte des Stroms für ihre Liegenschaften als Ökostrom. Hierzu unterstützt sie auch die Solaranlage auf dem Gemeindehaus und das Kleinkraftwerk im Graben. Wir erfinden heute das Rad nicht neu. Zollikofen, und dies steht auch so im Motionstext, geht schon lange mit gutem Beispiel voran. Das AKW abstellen, das ist ein guter Denkanlass des Motionärs. Das können wir machen, wenn wir auf diesen Strom nicht mehr angewiesen sind. Ökostrom für alle Liegenschaften zu 100 % kann sich die SVP ganz gut vorstellen. Vor allem weil dieser Strom am Tag benötigt wird und somit steht auch die Solarenergie als Lieferant zur Verfügung, nebst Wasserkraft- und Windenergie. In der Nacht, für die öffentliche Beleuchtung, ist die SVP nicht ganz gleicher Meinung. Hier wird uns Strom mit einem Aufpreis verrechnet. Oder böse gesagt, wird vielleicht zuerst mit Atomener-

gie das Wasser hochgepumpt, turbinert und anschliessend verkauft. Das können wir nicht kontrollieren. Dies erachten wir nicht als ehrlich. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Betrag viel besser für energieeffiziente Technologien in den Leuchtmitteln einsetzen. Hier wird in den nächsten Jahren ein entsprechender Entwicklungsschritt vonstattengehen. Zudem wird die Sache gelöst durch den beschlossenen Atomausstieg der Schweiz, welcher in der nächsten Zeit vollzogen wird. Wir sollen einfach mehr bezahlen, weil dies zurzeit in Mode ist. Die SVP stört sich ein wenig, dass immer bei solchen Motionen vor allem aus dem grünen Lager, immer wieder das Gemeinwesen die Kosten bezahlen muss. Mit diesen Vorstössen entstehen Kosten zulasten des Steuerzahlers, ohne dass diese einen Mehrnutzen haben. Wer sind die Steuerzahlen? Wir alle. Das ist beinahe eine Strafaktion. Wir haben schon an der letzten Sitzung eine entsprechende Motion behandelt, welche in die gleiche Richtung gezielt hat. Die Gemeindefinanzen sind kein Perpetuum mobile. Wenn man im Verwaltungsbericht nachliest wer die Steuern effektiv bezahlt, nach allem was wir sonst noch abgeben müssen, dann muss ein kleiner Teil diese Last tragen. Klar, ihr werdet mir jetzt entgegenhalten, dass die Mehrkosten dieser Motion verhältnismässig klein sind. Wenn man diese auf die Bevölkerung verteilt, macht dies pro Person und Jahr Fr. 2.60. Also stellen wir doch diese Fr. 2.60 jedem Einwohner in Zollikofen pro Jahr in Rechnung, dann sieht er nämlich auch seinen ökologischen Beitrag. Das wäre fast eine Art Kostenwahrheit. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht machbar ist. In diesem Sinn kann die SVP dem Anteil Ökostrom zu 100 % für die Liegenschaften zustimmen. Für die Beleuchtung lehnen wir es aus wirtschaftlichen Gründen ab. Wir wären froh, wenn wir über die beiden Punkte separat abstimmen könnten.

Toni Oesch, FdU: Der Vorschlag überzeugt mich in Bezug auf die Strassenbeleuchtung. Herr Bähler hat allenfalls einen Fehler gemacht welchen ich korrigieren muss. Er spricht von Fr. 2.60 pro Einwohner. Wir müssen aber pro Steuerzahler rechnen. Somit sind es dann plötzlich Fr. 10.00 pro Einwohner, es kommt schliesslich auch noch die Progression hinzu. Ich möchte aufmerksam machen, dass der Motionär in seinem Vorstoss auf "die gute Lage der Gemeindefinanzen" hinweist. Hier könnte er sich täuschen. Für nächstes Jahr wird ein Defizit von Fr. 635'000.00 prognostiziert. Ich glaube dies zwar auch nicht. Aber deshalb muss man hier schon differenzieren. Bei den Gebäuden ist 100 % Ökostrom in Ordnung, bei der Strassenbeleuchtung nicht.

Reto König, SP: Mich würde es interessieren wie viel der Anteil der Strassenbeleuchtung am Gesamtenergieverbrauch überhaupt ausmacht? So wie ich es verstanden habe, umfassen diese Fr. 2.60 alle Liegenschaften sowie die Strassenbeleuchtung wenn wir Ökostrom beziehen. Wenn wir nun die Strassenbeleuchtung aus diesem Paket ausklammern, macht dies vielleicht geschätzte 15 Rappen pro Person aus. Es besteht die Gefahr, dass man durch komplizierte Verrechnungen beziehungsweise Abrechnungen am Schluss höhere Kosten beziehungsweise eine schlechtere Wirtschaftlichkeit aufweist, als wenn man einfach sagt, wir beziehen für alles Ökostrom. Ich mag mich irren, dieser Vorschlag kommt nicht von mir, sonst hätte ich dies abgeklärt. Ich möchte aber von meinem Kollegen von der SVP wissen wie wieviele Rappen pro Jahr und Einwohner macht der Anteil der Strassenbeleuchtung aus, wenn man diesen auch als Ökostrom beziehen würde?

Ralph George, FDP: Der Beleuchtungsstrom ist übrigens in der Vorlage aufgeführt, man kann dies nachlesen. Wenn man die Argumente der Befürworter hört und auch liest, dann hat man das Gefühl, es gehe hier gegen die Kernenergie. Es richte sich gegen das AKW Mühleberg. Wenn man aber weiterliest merkt man, dass es sich hierbei nicht gegen etwas richtet sondern für Ökostrom. Das ist eine Nuance welche mir aufgefallen ist. Ökostrom ist grundsätzlich sympathisch, es ist im Trend. Das ist sicher ein Zeichen welches man setzen kann. Aus diesem Grund ist die FDP grundsätzlich für diese Vorlage und unterstützt diese. Ich stelle mir aber eine Frage: Es wird ja immer mehr Ökostrom benötigt. Verfügt denn die BKW über genügend Ökostrom, können sie die nachgefragten Mengen auch bereitstellen? Der Strom, welcher aus der Steckdose kommt, sieht immer gleich aus. Den Nettopreis würde man ja einfach bezahlen wenn man ein Abonnement auf Ökostrom abschliesst. Ich habe aber auch schon gehört und gelesen, dass es problematisch ist, diesen Ökostrom zu be-

schaffen. Noch ein Wort zum Vorschlag der SVP betreffend die öffentliche Beleuchtung. Wenn ich die Unterlagen richtig verstanden habe, macht die öffentliche Beleuchtung ca. zwei Drittel aus. Ein Drittel wären dann die Liegenschaften. Hierzu besteht in unserer Fraktion keine klare Meinung, darum haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ich würde für die Abstimmung vorschlagen, dass man zuerst darüber abstimmt ob ja oder nein über das Ganze. Anschliessend soll man eine "Stichabstimmung" mit oder ohne öffentliche Beleuchtung machen.

Präsident: An dieser Stelle kurz eine Anmerkung zum Prozedere. Da es sich hier um eine Motion handelt, welche wir zuerst erheblich erklären müssen, kann nur über den vorliegenden Text abgestimmt werden oder dieser wird von Peter Kofel geändert. Wir können also nicht verschiedene Anträge einander gegenüberstellen.

Susanne Meierhans, CVP: Die CVP Fraktion begrüsst diesen Vorstoss sehr, ist dies doch die richtige Richtung. Wir unterstützen den Antrag so wie er uns vorliegt, da wir der Meinung sind, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, Vorbild in der Förderung von Ökostrom zu sein. Dadurch werden auch Private motiviert zunehmend auf Ökostrom zu setzen und entsprechend werden auch die notwendigen Technologien vermehrt nachgefragt. Die Nachfrage steigt, je mehr man Ökostrom fordert und entsprechend steigt der Druck, diesen zu liefern. Wir sind der Ansicht, dass man aus dem Geld das man hier einnimmt, die entsprechenden Technologien bezüglich erneuerbarer Energien und auch die Forschung entsprechend entwickeln kann, damit neue Technologien ausfindig gemacht werden. Abgesehen davon werden bei der öffentlichen Beleuchtung die bestehenden Leuchtmittel durch LED-Lampen ersetzt, welche auch wieder weniger Strom benötigen. Wir bitten das Parlament dem Antrag zu folgen so wie er uns vorliegt.

Roland Stucki, EVP: Seit Fukushima bin ich auch ganz kritisch gegenüber der Kernenergie eingestellt. Niemand kann diesen Vorfall übersehen oder sagen das war nicht so schlimm. Das war eine Katastrophe. Deshalb tut man gut daran voraus zu schauen und die Schweiz hat nebst Deutschland sofort gehandelt. Das zu den Fakten. So lange wir nicht unseren ganzen Strom als Ökostrom beziehen können, sehe ich ein Problem. Wenn man uns weismacht, wir können Ökostrom aus Wasser, Luft und so weiter beziehen, weiss ich einfach nicht, wie wir dies kontrollieren können. Kommt dieser Strom beim Bezüger in grüner Form daher? Oder wie kann ich das herausfinden? Solange mir dies keiner sagen kann, kann ich in diesem Punkt nicht zustimmen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte gerne zur Frage von Roland Stucki Stellung nehmen. Auf unserer Stromrechnung wird seit anfangs Jahr deklariert, woher der Strom kommt. Das ist eine Verpflichtung des eidgenössischen Gesetzgebers. Die Deklarationen, woher die Stromunternehmen ihren Strom beziehen, beziehungsweise wie er produziert wird, werden durch entsprechende Labels wie in anderen Bereichen der Wirtschaft auch, sichergestellt, beziehungsweise kontrolliert. Es kann somit nicht Atomstrom als Ökostrom verkauft werden. Zur Frage, ob genügend Ökostrom vorhanden ist, gibt es eine interessante Entwicklung. Die BKW hat eine Preissenkung auf dem Zuschlag des Ökostroms angekündigt. Nach den Regeln der Weltwirtschaft, so wie ich sie verstehe ist es so, wenn ein Gut knapp ist, steigt der Preis, wenn aber genug davon vorhanden ist, sinkt der Preis. Somit hätte ich keine Bedenken, dass die BKW den Bedarf unserer Gemeinde an Ökostrom nicht decken könnte. Wichtig ist, vor allem auch die Signalwirkung, wenn andere Gemeinden und vor allem auch Bürger dies nachmachen. Wichtig ist, dass man mit diesem Zuschlag auch Investitionen in die Produktion tätigen kann, damit weiterer erneuerbarer Strom produziert werden kann.

Adrian Gehri, FDP: Ich habe noch eine Rückmeldung aus der Sicht der FDP: Liebe grüne Fraktion: Seit Jahren plädiert ihr für eine Steuererhöhung. Die FDP wird nicht Hand bieten auf Vorrat die Steuern zu erhöhen. Wir schlagen wie anhin vor, erst nach einem ersten Defizit eine Steuererhöhung zu prüfen. Zweitens kann ich dein marktwirtschaftliches Verständnis nachvollziehen, Bruno. Wir sprechen hier von einem Oligopol oder von einem Monopol. Es

kann natürlich auch eine Marktintervention von Gesetzes wegen zu einer Preissenkung führen, wenn unter anderem die Transferpreise zu teuer sind. Es geht nicht nur um das Verhältnis zwischen Nachfrager und Anbieter sondern auch noch darum, wie viele Anbieter sind in einem Markt tätig die einander Preise aufdoktronieren können.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat ein Schlusswort halten? Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich Peter Kofel fragen, ob er seine Motion abändern möchte oder nicht.

Peter Kofel, GFL: Ich belasse sie so wie sie ist.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit.

### **Abstimmung:**

**Die Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran" wird mehrheitlich erheblich erklärt.**

---

66 1.92. Parlamentarische Vorstösse

### **Postulat Johanna Thomann und Mitunterzeichnende betreffend "Ein sicherer und angenehmer Zugang zum Sportzentrum Hirzenfeld"**

"Der Gemeinderat wird beauftragt abzuklären und zu informieren, wie die Zugangsstrasse zum Hirzi zu gestalten ist, damit ein sicherer und angenehmer Zugang für alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer von Zollikofen zum Sportzentrum Hirzenfeld entsteht, welche Massnahmen bereits eingeleitet wurden, welche geplant sind.

Weiter ist zu prüfen, wie die an die Strasse anstossenden Grundeigentümer in die Gestaltung der Hirzi Zugangsstrasse eingebunden werden können. Dasselbe gilt für Land- und Strassenabschnitte, die die Gemeinde Münchenbuchsee oder private Besitzer betreffen.

### **Begründung**

Das "Hirzi" (Sportzentrum Hirzenfeld) wird seit 1. April 11 von Zollikofen und Münchenbuchsee gemeinsam getragen. Das wichtige Freizeitangebot für sommerliche Badevergnügen und winterliche Bewegungsmöglichkeiten auf dem Eis entspricht Schwerpunkten im Leitbild von Zollikofen: "Zentrale Begegnungsorte erhalten und schaffen" und "In der Nähe finden, was man zur Gestaltung des Lebens braucht"

Dieser wichtige, zentrale Begegnungs- und Bewegungsort liegt etwas ausserhalb, verfügt über 230 Parkplätze, viele Veloabstellplätze und ist zu Fuss von der Busstation in ca. 15 Minuten erreichbar. Von Kindern und Jugendlichen wird das Hirzi während der Schul- und Freizeit fast ausschliesslich mit dem Velo, von Erwachsenen zum grossen Teil mit dem Auto aufgesucht. Aber auch Familien mit Kinderwagen sind zu Fuss unterwegs. Alle in ihren verschiedenen Tempi und verschiedenen Beanspruchungen von Strassenraum.

Der Aegelsee-Weg zum Hirzi, diese gemeindeeigene Strasse von Zollikofen als einzige Strasse zum Sportzentrum, ist für dieses "vas et viens" schlecht ausgerüstet weil sie sehr schmal ist. Die Strasse ist mit Tempo 40 beschildert, die "Neben- und Miteinander" Benützung daher oft gefährlich. Das Hirzi hat einen besseren Zugang verdient, die HirzibesucherInnen einen angenehmeren und sicheren Weg

13.9.11 Johanna Thomann"

---

67 1.92. Parlamentarische Vorstösse

### **Interpellation Elisabeth Wendelspiess betreffend "Wie sicher und wohnlich sind die Kindergärten am Lindenweg?"**

#### **"1. Naphthalin-Werte**

In der Stadt Bern wurden in den letzten Wochen verschiedene Kindergärten geschlossen, da ein erhöhter Naphthalin-Wert gemessen wurde. Naphthalin ist in Teeröl enthalten und wurde während Jahrzehnten als Baustoff eingesetzt. Bis in die 1980-er Jahre wurden solche Teeröle als Feuchtschutz in Gebäuden verwendet, häufig in Fussböden. Heute ist es verboten, Naphthalin in Innenräumen zu verwenden. Die Kindergärten am Lindenweg wurden vor 1980 gebaut.

1. Wie hoch ist der Naphthalinwert in den Kindergärten Lindenweg?
2. Welchen Einfluss hat der schlechte bauliche Zustand der Gebäude (siehe Pkt. 2) auf die Gefahren durch Naphthalin?
3. Falls der Naphthalinwert bisher nicht bekannt ist, wann wird eine Messung in die Wege geleitet?
4. Welche Sanierungsmassnahmen gedenkt die Gemeinde hinsichtlich der Gefahren durch Naphthalin durchzuführen?
5. Sind weitere Kindergärten und Schulen in Zollikofen betroffen?

#### **2. Schlechter baulicher Zustand**

Die Kindergärten am Lindenweg sind allgemein in einem schlechten baulichen Zustand. Aus Kreisen betroffener Eltern von Kindergartenkindern wird nachdrücklich auf Mängel hingewiesen. Nachfolgend sind einige davon aufgeführt:

- Alte Fenster mit sehr schlechter Isolation. Im Winter sind die Räume schlecht heizbar, auch wenn die Heizungen voll aufgedreht sind. Es entsteht ein hoher Energieverlust.
- Der Boden ist uneben und im Winter sehr kalt. Im Winter 2010 gab es einen Wassereinbruch.
- Laut Dachdecker bestehen Risse im Dach. Ebenso hat es diverse Risse in der Fassade, den Innenwänden und an der Decke. Im Winter soll auch schon Schmelzwasser vom Schnee in die Räumlichkeiten eingedrungen sein.
- Der letzte Anstrich wurde vor mehr als 10 Jahren vorgenommen.
- Im Elektrobereich gehen Glühbirnen sehr oft kaputt, oft mehrere miteinander.
- Der Garten bietet für ca. 100 Kinder zu wenig Raum. Zudem hat es defekte Sonnentoren, der Zaun ist zu niedrig, es fliegen oft Bälle auf die Strasse und Kinder werden von Passanten angesprochen.
- Die Gruppenräume und Garderoben sind zu klein für die Anzahl Kinder. Separate Räumlichkeiten, z.B. für DAZ-Unterricht<sup>1</sup> fehlen völlig. Es besteht zu wenig Spielraum, um Spielmaterial zu versorgen.
- Die sanitären Installationen bieten kein Warmwasser, die Lavabos sind nicht überall auf Kinderhöhe.

1. Was gedenkt die Gemeinde kurz- und mittelfristig gegen die baulichen Mängel zu tun?
2. Ist eine Gesamtanierung oder ein Neubau des gesamten Komplexes anzustreben?

#### **3. Kapazitätsgrenze**

Der Siedlungsbau in Zollikofen boomt. Es entstehen viele neue Familienwohnungen, was die Kinderanzahl unserer Gemeinde erhöht. Die Kindergärten und Schulen sind bereits an der

Kapazitätsgrenze angelangt. Insbesondere unter dem Aspekt des heutigen baulichen Zustandes besteht auch in Bezug auf die Schulraumplanung der Kindergärten am Lindenweg dringlicher Handlungsbedarf.

1. Wie sieht die Schulraumplanung bei den Kindergärten für die nächsten Jahre aus?
2. Wie wird diese hinsichtlich der eventuellen Einführung der Basisstufe gehandhabt?

Elisabeth Wendelspiess  
(SP-Fraktion im GGR Zollikofen)

<sup>1</sup> DAZ = Deutsch als Zweitsprache"

---

68 1.92. Parlamentarische Vorstösse

**Interpellation Susanne Meierhans betreffend "Zukünftige Organisation der Zivilschutz-Organisation (ZSO) Münchenbuchsee/Zollikofen"**

**"Ausgangslage"**

Im Kanton Bern wird Regionalisierung und Zusammenlegung der Zivilschutzorganisationen fortlaufend intensiviert. Seit dem 1. Januar 2011 sind in der Region Bern die ZSO Bremgarten und ZSO Frauenkappelen der Zivilschutzorganisation der Stadt Bern, "Bern plus" angeschlossen.

Der ZSO Münchenbuchsee/Zollikofen umfasst 8 Gemeinden und seit 2004 absolvieren in allen Fachbereichen die eingeteilten Zivilschutzpflichtigen gemeinsame WK's (Wiederholungskurse).

**Dazu folgende Fragen:**

Finden Gespräche des Gemeinderates mit anderen ZSO für ein allfälliges Verbundsystem, einen Zusammenschluss in der Region Bern statt?

**Wenn ja:**

Was bedeutet das für die Gemeinde Zollikofen?

Mit welchen einmaligen und wiederkehrenden Kosten sind zu rechnen?

Was bedeutet das für die betroffenen Personen, welche für die ZSO arbeiten?

Was geschieht mit dem Zivilschutz-Material und den Anlagen?

Wenn nein:

Wie stellt sich der Gemeinderat die Organisation der Zivilschutzorganisation Münchenbuchsee/Zollikofen in den nächsten 5 Jahren vor?

14. September 2011 Susanne Meierhans"

---

69 1.92. Parlamentarische Vorstösse

### **Interpellation Bruno Vanoni und Mitunterzeichnende betreffend "Bildung und Buslinien auch in Zollikofen in Gefahr – wegen der Steuersenkungspolitik des Grossen Rates"**

"Im Frühjahr 2010 ist der Gemeinderat Zollikofen bei Mitgliedern des Grossen Rates vorstellig geworden, weil wegen der damals diskutierten Steuergesetz-Revision „allzu grosse Ertragsausfälle“ drohten. Anderthalb Jahre später zeigen sich die Folgen der Steuersenkungspolitik, welche die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates durchgesetzt hat: Die Kantonsregierung musste ein Sparpaket vorlegen, das Ausgabenkürzungen in der Höhe von 277 Millionen Franken vorsieht. 93 Prozent dieses Umfangs sind auf Einnahmenausfälle wegen der in letzter Zeit beschlossenen Senkung von Einkommens-, Vermögens- und Motorfahrzeugsteuern zurückzuführen.

Gespart werden soll aller gegenteiligen Wahlversprechen von Parteien und Politikern zum Trotz auch bei der Bildung – und zwar konkret auch in den Schulen von Zollikofen: Der Unterricht soll um eine bis zwei Lektionen verkürzt werden, obwohl im Kanton Bern gemäss PISA- und anderen Studien eher eine höhere Lektionenzahl insbesondere in naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern geboten wäre.

Trotz des einschneidenden Sparpakets verbleibt im Kantonsbudget 2012 ein Defizit von über 150 Millionen Franken, was aufgrund der Schuldenbremse nicht zulässig wäre und vom Kantonsparlament nur mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit ausnahmsweise beschlossen werden kann. Für den durchaus möglichen Fall, dass der Grosse Rat kein solches Defizit zulässt, wird der Regierungsrat zu weiteren Ausgabenkürzungen gezwungen sein.

Eine mögliche zusätzliche Sparmassnahme, die sich auch aus der Ablehnung der vorgeschlagenen Förderabgabe im kantonalen Energiegesetz ergeben könnte, hat der Regierungsrat bereits aufgezeigt: 30 Buslinien müssten gestrichen werden, darunter nicht weniger als drei, die zum öffentlichen Verkehrsangebot von Zollikofen gehören: Bremgarten – Worblaufen, Bern – Wohlen – Zollikofen, Zollikofen – Münchenbuchsee.

Aufgrund solcher drohenden Auswirkungen der bürgerlichen Steuersenkungspolitik bitten wir den Gemeinderat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Gemeinderat bereit, sich bei Grossratsmitgliedern und in der Öffentlichkeit gegen die Reduktion der Lektionenzahl in der Volksschule und gegen andere Sparmassnahmen im Bildungswesen einzusetzen?
2. Ist der Gemeinderat im gleichen Sinne bereit, sich gegen die Streichung der erwähnten Buslinien zu wehren – zumal ein hängiger Vorstoss im Grossen Gemeinderat von Zollikofen eine Ausdehnung der Betriebszeiten der Buslinie Nr. 33 Bremgarten Zollikofen verlangt?
3. Wie beurteilt der Gemeinderat die Senkung der Motorfahrzeugsteuern, über welche nochmals abgestimmt werden muss, angesichts der Tatsache, dass eine Annahme des so genannten Volksvorschlags die kantonalen Finanzen nochmals um rund 100 Millionen Franken verschlechtern würden? Hält er angesichts der dramatischen Lage der Kantonsfinanzen ein Ja zum Volksvorschlag noch für verantwortbar?

Zollikofen, 13. September 2011

Bruno Vanoni, Mitglied GGR, GFL"

---

Präsident: Somit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich möchte mich bei allen für die Mitarbeit bedanken. Die nächste Sitzung findet am 19. Oktober 2011 mit dem Hauptthema Budget statt. Ich bitte die Mitglieder des Ratsbüros für die Koordination eines Termins noch kurz nach vorne zu kommen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.